

Hamburg: Koalitionsvertrag zwischen SPD & Bündnis90/Die Grünen

AGA-Übersicht

1. Wirtschaft und Standortpolitik

Die wirtschaftspolitischen Absichten der Koalition konzentrieren sich stark auf eine ökologische Transformation Hamburgs, wobei Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zusammengeführt werden sollen. Der Hamburger Hafen wird weiterhin als Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden. Die Koalition verfolgt eine aktive Ansiedlungsstrategie, fördert Innovationscluster und investiert in den Industriestandort – inklusive Unterstützung eines Industriestrompreises auf Bundesebene. Gleichzeitig soll eine 1:1-Umsetzung von EU- und Bundesvorgaben erfolgen, ohne zusätzliche Belastungen auf Landesebene zu schaffen.

Positiv ist, dass Hamburg als Wissenschafts- und Technologiestandort gestärkt werden soll, was insbesondere für wachstumsorientierte, innovative Unternehmen wichtig ist. Gleichwohl fehlt es in vielen Punkten an Verbindlichkeit: Es gibt kaum Zielzahlen, Zeitpläne oder messbare Erfolgsindikatoren – das mindert die Planungssicherheit für Betriebe. Auch wirtschaftliche Entlastungen, etwa bei der Gewerbesteuer, bleiben aus. Angesichts der hohen Belastung im Bundesvergleich wäre hier mehr Engagement nötig gewesen, um Investitionen zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit gezielt zu fördern.

Fazit: Der wirtschaftspolitische Kurs setzt auf eine zukunftsorientierte Transformation – mit richtigen Schwerpunkten, aber zu wenig konkreten Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Wirtschaftsstruktur.

2. Außenhandel und internationale Kooperationen

Die Koalition positioniert Hamburg klar als Außenhandelsstandort und betont Hamburgs Rolle als „Deutschlands Tor zur Welt“. Dabei sollen die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen fortgeführt und die Metropolregion – insbesondere im Ostseeraum – enger vernetzt werden. Der Koalitionsvertrag bleibt jedoch vage, was konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Außenhandelsunternehmen betrifft. Neue Impulse zur Erschließung neuer Märkte, zu stärkerer Hafenkooperation oder zur Absicherung bestehender Handelsrouten fehlen.

Fazit: Klare Bekenntnisse zur Außenhandelsrolle Hamburgs, jedoch keine spürbaren strategischen Neuausrichtungen oder Verbesserungen für die Unternehmen.

3. Steuerpolitik

Ein zentraler Punkt aus Sicht des Außenhandels ist das klare Bekenntnis Hamburgs zur Vereinfachung der Einfuhrumsatzsteuer durch Einführung eines Verrechnungsmodells. Diese Initiative auf Bundesebene ist ausdrücklich zu begrüßen, da das aktuelle Verfahren einen Wettbewerbsnachteil darstellt.

Trotz dieser positiven Signale bleibt Hamburg steuerpolitisch insgesamt zurückhaltend. Gerade mit Blick auf die im Bundesvergleich hohe Gewerbesteuerlast hätte ein stärkeres Engagement zur wirtschaftlichen Entlastung ein wichtiges Signal für Investitionen und Standortbindung gesetzt.

Fazit: Vereinzelte Fortschritte wie bei der Einfuhrumsatzsteuer sind zu begrüßen, insgesamt fehlt jedoch eine klar erkennbare Strategie zur steuerlichen Entlastung von Unternehmen.

4. Bürokratieabbau und Verwaltung

Zahlreiche Maßnahmen sollen die Verwaltungsmodernisierung vorantreiben – von digitalen Terminvergabesystemen über schnellere Verfahren bis hin zu Shared-Service-Modellen. Auch der öffentliche Beschaffungsprozess soll durch Digitalisierung und Standardisierung beschleunigt werden. Gleichzeitig fehlen quantifizierbare Zielgrößen oder zeitlich verbindliche Schritte. Ein übergreifendes Bürokratieabbauziel wird nicht formuliert.

Positiv ist der klare Fokus auf Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung – beides elementar, um Hamburgs Verwaltung schneller und beweglicher zu machen. Ob die angekündigten Reformen allerdings die nötige Tiefe und Geschwindigkeit erreichen, wird entscheidend von der politischen Umsetzung abhängen.

Fazit: Gute Einzelmaßnahmen, die in die richtige Richtung weisen – entscheidend ist nun der politische Wille, sie wirksam umzusetzen und nicht in Symbolpolitik verpuffen zu lassen.

5. Digitalisierung

Die Digitalisierung wird in vielen Bereichen thematisiert – insbesondere in der Verwaltung, bei Bildung, Cybersicherheit und Glasfaserinfrastruktur. Hamburg setzt verstärkt auf Open Source, digitale Bezirksverwaltung, KI-Pilotprojekte und Lebenslagenprinzipien. Der Ausbau der Glasfaseranschlüsse wird forciert. Dennoch bleiben konkrete Fortschrittsziele und messbare Zeitachsen weitgehend offen.

Fazit: Breiter digitalpolitischer Ansatz mit vielversprechenden Pilotprojekten, aber ohne klare Umsetzungsperspektive.

6. Arbeitsmarkt und Fachkräfte

Die Koalition legt einen Fokus auf Fachkräftesicherung – insbesondere durch Ausbildung, Weiterqualifizierung und erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Frauen im Handwerk, duale Ausbildung und Übergänge in Arbeit werden adressiert. Tarifbindung und Mitbestimmung werden betont, auch durch das geplante Tariftreuegesetz. Maßnahmen zur Flexibilisierung oder zur Stärkung unternehmerischer Spielräume bleiben aus.

Fazit: Fokus auf Sicherung und Integration von Fachkräften, weniger auf Flexibilität für Arbeitgeber.

7. Bildung und Wissenschaft

Hamburg will die Bildungsinvestitionen fortführen, Schulen modernisieren und das Hochschulsystem stärker mit der Wirtschaft verzahnen – etwa durch Start-up-Förderung und Gründungsverträge. Die duale Ausbildung wird gestärkt. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und wirtschaftlicher Anwendung wird betont.

Fazit: Viel „weiter so“ in der Bildungspolitik. Solide Ausrichtung mit Potenzial zur wirtschaftlichen Wirkung – Umsetzung bleibt abzuwarten.

8. Verkehr und Infrastruktur

Der Vertrag setzt auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur – mit Fokus auf Schiene, Hafen, Fernverkehr und Erneuerung zentraler Brücken. Projekte wie die Hinterlandanbindung, Bahnausbau oder digitalisierte Vergabe sollen Hamburg als Logistikstandort stärken.

Positiv ist das klare Bekenntnis zum Bau der A26 – ein wichtiges Entlastungsprojekt für Wirtschaft und Bürger. Auch der geplante Masterplan Parken zeigt, dass der Wirtschaftsverkehr – insbesondere für Handwerk, Logistik und Dienstleister – wieder stärker berücksichtigt wird.

Fazit: Infrastrukturpolitik mit wirtschaftsrelevanten Schwerpunkten – sinnvoll ausgerichtet, aber Worten müssen Taten folgen. Es kommt nun auf schnelle Umsetzung an.

9. Klimaschutz und Energie

Die Koalition verbindet Klimapolitik mit wirtschaftlicher Entwicklung. Die Förderung von Wasserstoffprojekten, grünem Fliegen, nachhaltigem Tourismus und ressourcenschonender Industrie wird hervorgehoben. Gleichzeitig sollen keine zusätzlichen Landes-Grenzwerte eingeführt werden. Die Balance zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen wird betont, birgt aber in der Umsetzung potenzielle Zielkonflikte.

Fazit: Klimapolitik mit Augenmaß – die Herausforderung wird sein, Innovation zu fördern, ohne neue Belastungen für Unternehmen zu schaffen.

Kontakt

Janis Wemhöner

Bereichsleiter Bildung und Handel

040 30 80 1- 239

janis.wemhoener@aga.de